

Niederschrift

über die Sitzung

des Ausschusses für Schulen sowie Kultur, Jugend, Sport und Soziales

am Mittwoch, dem 31.08.2011, 15:00 Uhr,

im Rathaus in Friedeburg

Anwesend:

→ Ausschussmitglieder

Johann Ennen, Horsten (Vorsitzender)
Hartwig Conrads, Etzel
Harald Dirks, Wiesede (bis TOP 6; 15:55 Uhr)
Lotte Fischer, Marx
Hans-Hermann Lohfeld, Friedeburg
Inge Meyer, Horsten
Hans-Otto Rasche, Friedeburg (Vertretung für Rh. Achim Ackermann)
Ingo Renken, Friedeburg
Traute Reuber, Friedeburg

→ stimmberechtigte Mitglieder des Schulausschusses

Nicole Sielaff, Lehrervertreterin
Gunda Steevens, Elternvertreterin

→ beratendes Mitglied für den Jugendbereich

Dennis Harms, Jugendparlament (Vertretung für Nina-Henrike Murhoff)

→ beratendes Mitglied für den Kindergartenbereich

Uta Rutz, Personalvertreterin

→ Vertreter der Verwaltung

GOAR Hans-Werner Arians
Verw.-Angest. Ferdinand Goetz
GOI Andrea Jeske, Protokollführerin

Öffentlicher Teil

TOP 1: Eröffnung der öffentlichen Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete um 15:00 Uhr die Sitzung.

TOP 2: Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt fest, dass form- und fristgerecht mit Schreiben vom 19.08.2011 zu der Sitzung eingeladen worden sei. Einwendungen dagegen wurden nicht erhoben.

TOP 3: Feststellung der Tagesordnung - öffentlicher Teil

Der Vorsitzende schlug vor, unter TOP 4 „Genehmigung der Niederschrift vom 18.05.2011 – öffentlicher Teil“ auch die Niederschrift vom 18.05.2011 des nichtöffentlichen Teils zu genehmigen, da in dieser nur die Niederschrift des nichtöffentlichen Teils vom 16.03.2011 genehmigt und keine weiteren Tagesordnungspunkte behandelt worden seien. Man könne dann künftig auf den nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung, in der nur die Niederschrift der vorangegangenen Sitzung genehmigt würde, verzichten.

Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

TOP 4: Genehmigung der Niederschrift vom 18.05.2011- öffentlicher und nichtöffentlicher Teil

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung am 18.05.2011 wurde mit 6 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Rh. Rasche hat mit „Nein“ gestimmt.

Die Niederschrift über die nichtöffentliche Sitzung am 18.05.2011 wurde mit 6 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Rh. Rasche hat mit „Nein“ gestimmt.

TOP 5: Kindergarten-/Krippenplatzsituation August 2011

GOI Jeske erläuterte die Vorlage.

Rh. Lohfeld fragte, ob Gründe bekannt wären, warum es so wenige Anmeldungen gegeben habe, da zuvor ein höherer Bedarf ermittelt worden sei und ob ggf. die zusätzlichen Gebühren ein Grund für eine Nichtanmeldung gewesen sein könnten. GOI Jeske teilte mit, dass die Erziehungsberechtigten im Vorfeld über die zusätzlichen Gebühren informiert wurden und die an den erweiterten Öffnungszeiten interessierten Eltern in den einzelnen Kindergärten vorab ein ausdrückliches Interesse bekundet hätten. Warum es letztlich im Einzelnen nicht zu einer verbindlichen Anmeldung kam, sei nicht bekannt.

Rh. Rasche merkte an, dass es sich um eine unverbindliche Umfrage gehandelt habe.

GOAR Arians teilte mit, dass in den vergangenen Jahren immer wieder die Erfahrung gemacht worden sei, dass bei zusätzlichen Angeboten im Kindergartenbereich weniger Anmeldungen erfolgten, als der Bedarf zuvor ergeben habe.

Rfr. Reuber merkte an, dass durch die teilweise erweiterten Öffnungszeiten zumindest eine Anpassung am vorhandenen Bedarf stattgefunden habe.

Rh. Lohfeld fragte, wie es möglich gewesen sei, mit dem vorhandenen Personal die Öffnungszeiten zu erweitern. GOAR Ariens teilte mit, dass zum Teil die wöchentliche Arbeitszeit der teilzeitbeschäftigten Mitarbeiterinnen erhöht worden sei.

Rh. Rasche sagte unter Bezug auf die Anlage 1, dass man bei derzeit insgesamt 49 freien Kindergartenplätzen auch nur im Hinblick auf die freien kommunalen Plätze darüber nachdenken müsse, ob das vorhandene Personal auf Dauer gehalten werden könne. GOAR Ariens berichtete, dass die freien Plätze im Kindergartenbereich der Kindertagesstätte Friedeburg Hauptstraße im Laufe des Jahres durch den Wechsel der Krippenkinder belegt würden und dass die Erfahrungen der vergangenen Jahre gezeigt hätten, dass im Laufe des Kindergartenjahres auch in den anderen kommunalen Kindertagesstätten fast alle Plätze vergeben würden. Man müsse jedoch den demographischen Wandel im Auge behalten. Frei werdende Kindergartenplätze würden sich für die Einrichtung von Krippengruppen anbieten, da die Nachfrage nach Krippenplätzen in den nächsten Jahren steigen werde.

Rh. Conrads sagte, dass es im Kindergartenjahr 2014/15 insgesamt 124 freie Kindergartenplätze geben würde, und man über die Schließung von Gruppen nachdenken müsse. GOI Jeske erklärte, dass sich die Anzahl der freien Plätze noch verringern werde, da sich die Anzahl der Geburten für das Jahr 2011 noch erhöhen werde. Rh. Conrads erwiderte, dass für das Kindergartenjahr 2013/14 aufgrund der vorliegenden Geburtenzahlen 76 freie Kindergartenplätze feststünden.

Rh. Rasche kritisierte, dass hinsichtlich der Anzahl der Geburten in den Übersichten zur Kindergartensituation und in den Übersichten, die die Grundschulen betreffen, unterschiedliche Geburtenzeiträume herangezogen würden. Für den Kindergartenbereich werde ein Kalenderjahr und für den Schulbereich der Beginn der Schulpflicht anhand der Stichtage herangezogen. Hier sollte es einheitliche Zeiträume geben.

Der Vorsitzende erteilte Rh. Theo Hinrichs, der als Zuhörer anwesend war, das Wort. Rh. Theo Hinrichs stellte die Frage, warum sein Antrag vom 28.07.2011 nicht als Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung mit aufgenommen wurde, da dieser sich thematisch ebenfalls auf die Auswirkungen der sinkenden Geburtenzahlen auf die Grundschulen und Kindergärten bezöge. Verw.-Angest. Goetz antwortete, dass sein Schreiben vom 28.07.2011 nicht als Antrag angesehen wurde und die Bürgermeisterin sich diesbezüglich noch mit ihm in Verbindung setzen würde.

Rh. Rasche sagte, dass es für die Zukunft nicht ausreiche, nur reine Zahlen vorzulegen. Verw.-Angest. Goetz antwortete, dass laut VA-Beschluss vom 22.09.2010 zu Beginn eines Schuljahres diese Zahlen vorzulegen seien. Die Verwaltung reagiere auf aktuelle Situationen und würde dem Ausschuss entsprechende Vorschläge vorlegen.

Der Vorsitzende erteilte Frau Imke Harms aus Hesel, die als Zuhörer anwesend war, das Wort. Frau Harms bemängelte, dass eine Betreuung für einzelne Tage in den Kindertagesstätten der Gemeinde Friedeburg nicht möglich sei, obwohl sich dies viele Mütter wünschen würden. Man müsse sein Kind entweder für die ganze Woche anmelden oder auf einen Kindergarten-/Krippenplatz verzichten.

Rh. Rasche sagte, dass eine flexiblere Betreuung im Auge behalten werden müsse und Ideen von außen interessant seien.

Rh. Lohfeld sprach sich ebenfalls für eine flexiblere Betreuung aus. Es müsse die Möglichkeit geben, nur an zwei Tagen der Woche einen Kindergarten zu besuchen, ohne eine ganze Woche bezahlen zu müssen. Weiterhin führte er aus, dass nur anhand von vorzulegenden Zahlen keine Entscheidungen getroffen werden könnten. Seitens der Verwaltung müssten Vorschläge kommen, wie künftig mit diesen Zahlen umzugehen sei.

Rfr. Reuber sagte, dass die Vergangenheit bereits gezeigt habe, dass freie Plätze zu Beginn eines Kindergartenjahres im Laufe des Jahres noch vergeben würden. Sie sprach sich ebenfalls für flexiblere Betreuungsangebote aus.

Personalvertreterin Rutz teilte mit, dass die Anzahl der Kinder zwar zurückgehe. Seitens der Kindergärten würden jedoch auch immer mehr Kinder unter drei Jahren aufgenommen, und es würde darüber nachgedacht, im Kindergarten „Am Glockenturm“ eine Krippengruppe einzurichten. Sie teilte weiterhin mit, dass die Früh- und Spätdienstzeiten flexibel in Anspruch genommen werden könnten. Ein Angebot, Kindergartenplätze nur zweimal wöchentlich in Anspruch zu nehmen, sei allein wegen des Personals schwer zu kalkulieren. Seitens der Kindertagesstätten würden auch Überlegungen stattfinden, wie künftig freie personelle und räumliche Kapazitäten sinnvoll genutzt werden könnten.

Es erfolgte keine Beschlussempfehlung

TOP 6: Geburten- und Schülerzahlen sowie Zahlen der Übergänge in die weiterführenden Schulen

GOI Jeske erläuterte die Vorlage.

Rh. Conrads sagte, dass die Geburtenzahlen Anlass zur Sorge gäben. Die Schulstandorte Horsten und Wiesede würden in absehbarer Zeit einzügig werden, und die Schulen wären in räumlicher Hinsicht überdimensioniert.

Rh. Rasche sagte, die vorliegenden Zahlen würden für langfristige Entscheidungen nicht ausreichen und fragte sich, was zu gegebener Zeit mit den vorhandenen Klassenräumen passieren solle und ab wann die Schulverwaltung eingreifen würde. Er sagte, dass er Probleme mit der Bezeichnung „Grundschule Friedeburg mit den Standorten Marx und Wiesede“ habe, da suggeriert würde, dass es in Friedeburg eine Grundschule gäbe. Bezüglich der vorgelegten Zahlen der Übergänge in die weiterführenden Schulen merkte er an, dass hier ein Vergleich mit vorherigen Jahren und mit anderen Standorten angestellt werden solle. Aus der Aufstellung gehe hervor, dass die KGS Wittmund die Schüler nicht an sich binden könne, da die Schüler und Schülerinnen den kürzesten Schulweg wählen würden. Hier müssten Lösungen entwickelt werden.

Rh. Conrads merkte an, dass das Problem in erster Linie beim Land läge. Ansätze für die Übernahme der Fahrtkosten für den SEK-II-Bereich seien im Kreistag gemacht worden. Er führte aus, dass ab dem Schuljahr 2016/2017 alle Friedeburger Grundschulen einzügig würden, da für die Bildung von Klassen im Grundschulbereich 28 Schüler als Höchstzahl anzuwenden seien. Wenn die Schulen auf einen Schulstandort konzentriert würden, hätte man zwar eine vierzügig geführte Schule, allerdings hätte man dann auch vier leer stehende Schulen und würde auch im Hinblick auf die Turnhallen ein großes Potenzial aufgeben. Hiervon solle man Abstand nehmen. Er sah eine logische Konsequenz darin, den Schulstandort Wiesede aufzugeben, wenn in Friedeburg ein neuer Schulstandort geschaffen werden sollte.

Lehrervertreterin Sielaff sprach sich gegen eine Zusammenlegung aller Standorte aus. Eine vierzügige Grundschule sei schon wegen der Größe inakzeptabel. Sie teilte mit, dass die Teilergrenze bei Bildung von Grundschulklassen bei 29 Kindern läge, wobei es erst bei einer Anzahl von 30 Kindern zu einer Klassenteilung kommen müsse. Die Schülerzahlen würden zwar sinken und dadurch räumliche Kapazitäten frei werden, man müsse aber bedenken, dass sich die Bedingungen, die heutzutage an die Schulen gestellt werden, geändert hätten. Es würden für Ganztags schulbetriebe zusätzliche Räume benötigt wie z.B. für eine Mensa. Darüber hinaus würden Fachräume, wie z.B. Werkräume, Computerräume und Büchereien benötigt. Sie teilte weiterhin mit, dass in den Räumlichkeiten der Schule z.B. Volkshochschulkurse stattfinden und insbesondere die Turnhalle auch ein Treffpunkt für Erwachsene darstelle. Es müsse immer abgewogen werden zwischen finanziellen und pädagogischen Aspekten.

Rfr. Reuber merkte an, dass die Schulen in der Gemeinde Friedeburg sich alle in einem sehr guten Zustand befänden und man Ideen entwickeln müsse, wie Räumlichkeiten zusätzlich genutzt werden könnten. Sie wies darauf hin, dass sich Kinder in kleineren Schulen sehr wohl fühlen würden. Eine zusätzliche Grundschule in Friedeburg wäre zu begrüßen, wenn mehr Kinder zu beschulen wären.

Rh. Rasche meinte, es müssten Ideen für die Zukunft entwickelt werden. Bei Einführung eines Ganztagschulbetriebes müsse auch der finanzielle Aspekt berücksichtigt werden, so dass ggf. nur an einer Schule das Ganztagsangebot eingeführt werden könnte. Eine Möglichkeit wäre, dieses Angebot nur in Marx zu verwirklichen, um den Schulstandort zu stärken.

Rfr. Reuber sagte, es sei eine Entwicklung da, vorhandene Kapazitäten positiv zu nutzen. Die Bevölkerung würde auch in der Gemeinde Friedeburg immer älter und es könnten hier ggf. Symbiosen entstehen.

Rh. Lohfeld sagte, es müsse nicht heute entschieden werden, ob Schulen geschlossen oder konzentriert werden sollten. In großen Schulen würden jedoch viele Kinder aus der Gesellschaft herausfallen. Er unterstützte den Vorschlag von Rh. Theo Hinrichs, sich für den Themenbereich „Kindergarten- und Grundschulentwicklungsplanung“ an einen Tisch zu setzen, es sollten aber keine „Schnellschüsse“ erfolgen. Solange es möglich sei, solle an den bisherigen Grundschulstandorten festgehalten werden und nicht vorschnell ein Gebäude gekauft werden.

Rh. Rasche meinte, dass kleine Schulen nicht mehr zeitgemäß seien. Bei einem Schulwechsel an die KGS Wittmund würden Kinder derzeit von einer der kleinsten Schulen auf eine der größten Schulen wechseln müssen.

Rh. Dirks verließ um 15:55 Uhr die Sitzung.

Rh. Conrads vertrat die Ansicht, die Schulpolitik in Niedersachsen sei im Hinblick auf das derzeitige Modell der freiwilligen Ganztagschule und der nichtvorhandenen Chancengleichheit nach dem Besuch einer Grundschule eine Katastrophe.

Es erfolgte keine Beschlussempfehlung.

TOP 7: Erstattung der Fahrtkosten für Schülerinnen und Schüler für den Besuch der allgemein bildenden Sekundarstufe II - Bericht -

GOI Jeske erläuterte die Vorlage.

Antragsteller Rh. Theo Hinrichs sagte, der vom Kreisausschuss in dieser Sache gefasste Beschluss habe mit seinem eigentlichen Antrag nichts mehr zu tun. Alle Schüler sollten gleiche Bildungschancen erhalten, was hier nicht gegeben sei, da Schüler der Berufsbildenden Schulen Fahrtkostenerstattungen erhalten würden. Aus der vorangegangenen Vorlage sei ersichtlich, dass im Schuljahr 2011/2012 insgesamt 40 Schüler und Schülerinnen nach der Grundschule eine weiterführende Schule besuchen und die Eltern die Kosten der Schülerbeförderung zu tragen hätten.

Rh. Rasche merkte an, dass es in dem seinerzeit gestellten Antrag darum ging, den Schulstandort der KGS Wittmund zu stärken. Wenn die Gemeinde in der Lage sei, Begrüßungsgelder zu zahlen, solle es auch möglich sein, Fahrtkosten zur KGS nach Wittmund zu übernehmen. Eventuell müsse man die Zahlung des Begrüßungsgeldes einstellen.

Rh. Conrads meinte, die Übernahme der Fahrtkosten sei eine Aufgabe des Landes, und die Gemeinde könne nicht alles übernehmen, was das Land ablehne. Im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes bekäme nur ein bestimmter Personenkreis die Fahrtkosten erstattet. Nur bei Übernahme der Fahrtkosten für alle Schüler und Schülerinnen wäre eine Chancengleichheit gegeben.

Rh. Rasche schlug vor, die Verwaltung solle berechnen, in welcher Höhe Fahrtkosten für den Besuch der allgemein bildenden Sekundarstufe II von der Gemeinde übernommen werden müssten. GOI Jeske berichtete, dass derzeit 60 Schüler und Schülerinnen auswärtige Schulstandorte der allgemeinbildenden Sekundarstufe II besuchen würden. Bei Beförderungskosten von durchschnittlich 50,00 € monatlich entstünden Kosten in Höhe von jährlich ca. 36.000,00 €.

Rh. Theo Hinrichs merkte an, dass die Diskussion in die richtige Richtung gehe. Für die Gemeinde sei es ein weicher Standortfaktor, wenn sichergestellt wäre, dass Kinder kostenlos eine weiterführende Schule besuchen könnten. Man solle sich parteiübergreifend an den Landtag wenden.

Rh. Conrads stimmte dem zu und sagte, dass bereits der Landkreis empfohlen habe, eine Resolution an das Land zu geben.

Rfr. Reuber unterstützte das bislang Gesagte und vertrat die Ansicht, dass die Kosten für die Gemeinde überschaubar seien. Sie schlug vor, die Gemeinde könne in Vorleistung treten bis eine Entscheidung des Landes vorliege. Es müsse eine Gleichbehandlung stattfinden, da sich viele Kinder aus finanziellen Gründen den Besuch der SEK-II nicht leisten könnten.

Rh. Rasche schlug vor, dass in der nächsten VA-Sitzung Zahlen vorgelegt werden sollten, wie viele Schüler und Schülerinnen auswärtige Schulstandorte der allgemeinbildenden SEK-II auch unter Berücksichtigung der Cäcilien Schule in Wilhelmshaven besuchen würden.

Rh. Theo Hinrichs ergänzte den Vorschlag dahingehend, dass auch der Besuch des Jade-Gymnasiums und der Fachgymnasien berücksichtigt werden solle.

Rfr. Reuber sagte, es müsse eine Gleichbehandlung für alle Kinder gelten, und man solle die Angelegenheit in der nächsten VA-Sitzung weiter besprechen.

Rh. Renken monierte, dass Urlauber für nur 1,00 € zur Küste fahren könnten und der Landkreis hierfür Zuschüsse zahlen würde. Schüler und Schülerinnen dagegen müssten für die Fahrtkosten selber aufkommen.

Rh. Rasche stellte den Antrag, dass die Gemeinde die Fahrtkosten für Schüler und Schülerinnen für den Besuch der allgemein bildenden Sekundarstufe II übernehmen solle. Die Kosten hierfür seien von der Verwaltung zu ermitteln und dem VA über den Fachausschuss vorzulegen.

Verw.-Angest. Goetz merkte an, man benötige für die Kostenerstattung einen Beschluss und die finanziellen Mittel müssten vorhanden sein.

Rh. Rasche sagte, man solle die zukünftige Zahlung des Begrüßungsgeldes und des Schulsozialfonds auf den Prüfstand stellen.

Elternvertreterin Steevens erwiderte, dass über das Begrüßungsgeld schon wiederholt gesprochen wurde. Sie stimmte zu, dass die Fahrtkosten zur Sekundarstufe II übernommen werden sollten, aber durch Streichung des Begrüßungsgeldes oder Kürzungen beim Schulsozialfonds würde den Eltern das Geld auf einer anderen Seite wieder weggenommen.

Rh. Rasche merkte an, dass durch den Schulsozialfonds ursprünglich nur eine Lehr- und Lernmittelfreiheit gegeben sein sollte. Die Gelder würden aber u.a. auch für Theaterbesuche verwendet. Diese Gelder sollten für die Erstattung der Fahrtkosten verwendet werden. Die Zahlung des Begrüßungsgeldes würde niemanden veranlassen, nach Friedeburg zu ziehen, wohl aber die Erstattung der Fahrtkosten.

Rh. Theo Hinrichs warf ein, dass das veranschlagte Begrüßungsgeld nicht ausgeschöpft würde. Hier würden noch Gelder zur Verfügung stehen.

Rfr. Reuber monierte, dass Rh. Theo Hinrichs sich so intensiv an den Diskussionen beteilige, da er nur als Zuhörer anwesend sei.

Rh. Conrads schlug vor, der Kämmerer solle in der nächsten Sitzung des Fachausschusses eine Möglichkeit präsentieren, wie die Übernahme der Fahrtkosten finanziert werden könne.

Rh. Lohfeld sagte, dass die Bildung innerhalb des Landkreises gefördert werden solle. Dies sei auch ein Zuzugsargument. Eine weitere Möglichkeit wäre, die Fahrtkosten zu bezuschussen.

Rfr. Reuber wies auf Möglichkeiten des Sponsorings hin, die näher zu prüfen wären.

Rh. Rasche sagte, die Öffentlichkeit solle erfahren, dass politisch grundsätzlich eine Bereitschaft zur Übernahme der Fahrtkosten zur Sekundarstufe II bestehe. Er bat um Abstimmung seines Beschlussvorschlages.

Einstimmig wurde folgender Beschlussvorschlag gefasst:

Die Übernahme der Fahrtkosten für Schülerinnen und Schüler für den Besuch der allgemein bildenden Sekundarstufe II wird grundsätzlich befürwortet. Die Verwaltung wird beauftragt, die Kosten hierfür zu ermitteln. Das Ergebnis ist dem VA über den Fachausschuss vorzulegen.

TOP 8: Bericht der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten - öffentlicher Teil

Der stellvertretende BM im Amt, GOAR Arians, berichtete gemäß der beigefügten Anlage, die Bestandteil dieser Niederschrift ist.

TOP 9: Anfragen und Anregungen - öffentlicher Teil

Rfr. Reuber sagte, es sei schade, dass Frau Budde-Frerichs in der heutigen Fachausschusssitzung nicht vorgestellt wurde. GOI Jeske teilte mit, dass sich Frau Budde-Frerichs in der nächsten Fachausschusssitzung am 05.10.2011 vorstellen werde.

Rh. Rasche fragte, warum der Schützenplatz nicht durch den Schützenverein wieder herzurichten wäre und ob eine unsachgemäße Nutzung für die Schäden ursächlich sei. GOAR Arians antwortete, dass die erforderlichen Maßnahmen noch geklärt würden, eine unsachgemäße Nutzung sehe er nicht.

Rfr. Reuber erkundigte sich nach dem Sachstand bezüglich der ungenügenden Entwässerung auf der Zuwegung zum Haupteingang der kleinen Turnhalle. Verw.-Angest. Goetz berichtete, dass die Mängel voraussichtlich im September beseitigt würden.

Rh. Theo Hinrichs erkundigte sich nach dem Internetauftritt des Jugendparlamentes. GOI Jeske antwortete, dass seitens des Jugendparlamentes noch keine entsprechenden Informationen an die Verwaltung gegeben worden seien.

Rh. Conrads sprach die Schutzhütten am Moorstricher Weg in Etzel an, die durch geringfügige Umbauarbeiten als Wartehallen genutzt werden könnten. Dies sei vorbildlich.

TOP 10: Schließung der öffentlichen Sitzung

Der Vorsitzende schloss um 16:35 die Sitzung.

Vorsitzender

Bürgermeisterin

Protokollführerin